

Nicht ohne meine Tiere

Autor(en): **Aebischer, Pascal**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz**

Band (Jahr): **5 (2012)**

Heft 13

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-357946>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verhalten bei Aufforderung zur Evakuierung

Nicht ohne meine Tiere

Für die wirksame Planung grossräumiger Evakuierungen ist es wichtig, das zu erwartende Verhalten und die wesentlichen Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung zu kennen. In Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Technischen Hochschule ETH Zürich hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS die zum Thema vorhandene wissenschaftliche Literatur ausgewertet und ausgewiesene Fachleute befragt. Wenn damit auch nicht alle Aspekte erforscht sind, konnten doch viele wichtige Erkenntnisse gewonnen werden.

Die Behörden und Einsatzkräfte können nicht Hunderttausende von Menschen an der Hand nehmen und aus einem gefährdeten Gebiet führen. Deshalb sind sie bei grossräumigen Evakuierungen immer auf das Mittun der Bevölkerung angewiesen. Die Erfahrung zeigt, dass die meisten Betroffenen selbst aus dem Evakuierungsgebiet ziehen und auch selbst eine Unterkunft finden – an Zweitwohnsitzen oder bei Bekannten und Verwandten. Trotzdem müssen sie von den Behörden zumindest mit Informationen unterstützt werden. Und weil eben nicht alle selbständig das Evakuierungsgebiet verlassen und passende Unterkünfte finden, bleibt die Aufgabe gewaltig.

Bei einem Evakuierungsaufruf ist von drei Verhaltensmustern auszugehen: Entweder die Menschen folgen ihm umgehend, sie versuchen erst, die Informationen bestätigt zu bekommen, bevor sie reagieren, oder aber sie ignorieren den Aufruf, weil er nicht ernst genommen wird oder gar nicht bis zu ihnen dringt. Auch wenn anzunehmen ist, dass die meisten Menschen einem Evakuierungsaufruf nachkommen, verlässt ein Grossteil die Behausungen nur widerwillig. Die Gründe sind vielfältig: Die Betroffenen möchten die gewohnte Umgebung, das gewohnte Leben nicht aufgeben; sie wollen ihre materiellen Werte nicht zurücklassen und vielleicht Plünderern überlassen; es herrscht Unsicherheit über das Ziel und die Dauer der Evakuierung; die Gefahr wird schlicht unterschätzt usw.

Üblicherweise gehören Personen, die nicht im gefährdeten Gebiet sesshaft sind, zu den ersten, die weggehen. Sie hält nichts zurück. Touristen verlassen ihren

Urlaubsort oft schon bei kleinen Anzeichen von Gefahr, auch ohne offiziellen Evakuierungsaufruf.

Verschiedene hemmende Faktoren

Entsprechend stehen am entgegengesetzten Ende des Spektrums Personen, die stark in ihrem Wohnort verwurzelt sind und keine Beziehungen ausserhalb des Evakuierungsgebiets unterhalten. Insbesondere alte Menschen sind oft wenig mobil und fühlen sich nur in den eigenen vier Wänden wohl, sie weisen tendenziell eine fatalistische Einstellung auf und Gesundheitsrisiken mit eher langfristiger Perspektive (Stichwort Radioaktivität) schrecken sie weit weniger als jüngere Menschen.

Nachdrücklichere Aufforderungen und aktive Unterstützung benötigen auch Randgruppen wie Drogensüchtige, Obdachlose, Menschen mit psychischen Problemen, illegale Einwanderer. Ihnen fehlt die nötige Information oder der (innere) Antrieb, um sich in Sicherheit zu begeben. Sprachbarrieren senken die Evakuierungsteilnahme zusätzlich.

Ein ganz anderer Faktor, der aber ebenfalls abreisehemmend wirkt, ist privates Eigentum. Wer in einem Eigenheim lebt oder eine eigene Firma aufgebaut hat, überlegt sich einen Weggang intensiver als jemand, der sein ganzes Hab und Gut in einen Koffer stecken kann. Landwirte etwa benötigen Unterstützung bei der Evakuierung ihrer Nutztiere – oder eine Möglichkeit, diese weiterhin im evakuierten Gebiet zu versorgen. Ohne ihre Tiere wollen sie aus emotionalen und wirtschaftlichen Gründen ihren Hof nicht verlassen.



Wer vor Ort Eigentum hat, ist schwerer zur Evakuierung zu bewegen. Landwirte beispielsweise wollen ihr Vieh aus wirtschaftlichen wie emotionalen Gründen versorgt wissen.

Gefängnisinsassen und Katastrophentouristen

Kaum über Entscheidungsfreiheit verfügen Personen in Einrichtungen wie Alters- und Pflegeheimen, Krankenhäusern oder auch Gefängnissen. Da für deren Evakuierung andere besorgt sind, kann von einer strikten Befolgung der Anweisungen der Behörden ausgegangen werden. Für solche Sammelhaushalte müssen aber die benötigten Kapazitäten für – teilweise spezielle – Transporte organisiert werden: neben Bussen etwa Krankenwagen oder Gefängnistransporter.

Junge Erwachsene sind zwar in der Regel sehr mobil und können Evakuierungsaufrufen der Behörden vergleichsweise leicht folgen, die Experten sehen aber auch hier einen hemmenden Faktor: Ein Evakuierungsereignis kann für Junge – insbesondere im urbanen Raum – Eventcharakter gewinnen, weshalb sie einem Aufruf, sich in Sicherheit zu bringen, teilweise spät nachkommen. Es können sogar Katastrophentouristen

von auswärts in das Evakuierungsgebiet gelockt werden.

Folgsame Familien

Eine erhöhte Teilnahme verzeichnen hingegen mit grosser Wahrscheinlichkeit Personen mit Kindern. Die Fürsorge und Verantwortung für den Nachwuchs bringt Erwachsene verstärkt dazu, Sicherheitsbestimmungen zu befolgen. Ob Familien schnell aufbrechen, ist jedoch nicht von vorneherein klar, weil bei Mehrpersonenhaushalten auch ein erhöhter Koordinationsaufwand entsteht. Wenn eines der Mitglieder gerade nicht bei der Familie weilt, kann dies zu Verzögerungen bei der Evakuierung der ganzen Familie führen.

Kernfamilien versuchen nämlich fast immer, gemeinsam zu evakuieren; das emotionale Bedürfnis, die nächsten Angehörigen in Sicherheit zu wissen, ist stark ausgeprägt. Dies ist insbesondere bei der Evakuierung von Kinder-



Eine erhöhte Teilnahme an Evakuierungen verzeichnen Familien. Die Fürsorge und Verantwortung für den Nachwuchs bringt Erwachsene verstärkt dazu, Sicherheitsbestimmungen zu befolgen.

gärten und Schulen zu berücksichtigen; die Spezialisten raten, die Kinder möglichst zu den Eltern zurückzuführen, anstatt die Schule als Ganzes zu evakuieren. Zwar erleichtern heutige Kommunikationsmittel grundsätzlich eine Zusammenführung der einzelnen Familienmitglieder, Voraussetzung ist aber, dass die technische Infrastruktur im Katastrophenfall auch funktioniert. Wenn zu einzelnen Familienmitgliedern der Kontakt abgerissen bleibt, kann es zu traumatischen Erlebnissen und irrationalen Handlungen kommen – etwa zum Versuch, ins evakuierte Gebiet zurückzukehren. Problematisch für die gesamte Familie kann es auch werden, falls einzelne Mitglieder sich weigern, dem Evakuierungsauftrag zu folgen.

Keine Panik

Im Gegensatz zu der oft vertretenen Meinung kommt es bei Evakuierungen aber erfahrungsgemäss kaum je zu Massenpanik. Irrationales und panisches Verhalten kommen vor, es sind aber Ausnahmereisenerungen. Die Spezialisten warnen jedoch: Da panisches Verhalten ansteckend wirkt, sollte die Gefahr nicht unterschätzt werden. Panik bricht vor allem in Situationen aus, in denen die Betroffenen aus mangelnder Zeit und wegen zu knapper Ressourcen (etwa Transportkapazitäten) um ihr Leben fürchten. Dann überlagert ein blinder Fluchtre-

flex alle rationalen Überlegungen. Je geordneter eine Evakuierung eingeleitet wird und je besser die Behörden informieren, umso weniger ist mit irrationalem Verhalten zu rechnen.

Die Teilnahme an einer Evakuierung hängt von der subjektiven Einschätzung der Gefahr ab. Voraussetzung für die Kooperation der breiten Bevölkerung ist, dass sie eine Warnung als verlässlich und die Gefahr als real betrachtet. Herrschen eine gute Nachrichtenlage und Vertrauen gegenüber den Behörden, steigt die Bereitschaft, den Aufforderungen zu folgen.

Wichtig ist zudem der Überbringer der Botschaft: Am vertrauenswürdigsten wirken angesehene Amtsträger, allenfalls begleitet von Experten. Aber nur wiederholte und konsistente, über mehrere Kanäle verbreitete Aufforderungen werden als verlässlich wahrgenommen. Als Informationsquelle dienen den Betroffenen ebenfalls die (unabhängigen) Medien, wobei allfällige Widersprüche zu den Aussagen der Behörden sich negativ auf deren Glaubwürdigkeit auswirken können. Zusätzliche Hilfe bei der Informationsverbreitung bieten die neuen Technologien.

Aufgeklärte Bevölkerung

Einfluss bei der Einschätzung durch die Betroffenen haben auch die eigenen Erfahrungen aus früheren Ereignissen. Einerseits können vergleichbare Ereignisse (etwa wiederholt auftretende Hochwasser) die Bereitschaft verstärken, den Aufforderungen der Behörden zu folgen; andererseits können Erinnerungen an ähnliche, aber weniger dramatische Ereignisse eine Evakuierung als unnötig erscheinen lassen.

Nicht einig sind sich die Experten darüber, ob die Art der Gefahr, das Geschlecht einer betroffenen Person und deren Bildungshintergrund sich direkt auf ihr Verhalten auswirken. Fest steht hingegen, dass über die Gefahren aufgeklärte Personen Evakuierungsaufforderungen besser akzeptieren. Dadurch zeigt sich, dass die Aufklärung nicht erst mit oder kurz vor einer Evakuierung einsetzen, sondern das Risikobewusstsein in der Bevölkerung langfristig aufgebaut und verankert werden sollte. Die Behörden sind also nicht erst im Katastrophenfall gefordert.

Pascal Aebischer

Redaktionsleiter «Bevölkerungsschutz», BABS